

**Der Stadtvorstand beruft die
2. Tagung des Stadtparteitages für Mittwoch, den 08. Februar 2012,
ab 17:00 Uhr in den Kulturtreff Halle-Neustadt ein.**

Linkes Blatt DIE LINKE.

2. Ausgabe / 22. Jahrgang

Für Halle

31. Januar 2012

Bespitzelung der LINKEN unterminiert Werte der parlamentarischen Demokratie

Der Parteivorstand der LINKEN hat am 22. Januar 2012 nach den Berichten über die Beobachtung von 27 Bundestagsabgeordneten der LINKEN durch das Bundesamt für Verfassungsschutz einstimmig die folgende Erklärung verabschiedet:

„Der Spiegel“ veröffentlicht heute einen neuerlichen Beleg dafür, in welchem Umfang der Verfassungsschutz DIE LINKE bespitzelt.

Der Meldung zufolge werden 27 Abgeordnete unserer Partei im Deutschen Bundestag und elf ihrer Abgeordneten in Landesparlamenten durch den Verfassungsschutz beobachtet, darunter die Parteivorsitzende, Gesine Löttsch, der Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Gregor Gysi, und die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Petra Pau.

Die weitere Bespitzelung von Abgeordneten der LINKEN steht in der Tradition von Berufsverboten und unterminiert die Werte der parlamentarischen Demokratie. Ein Gipfel ist erreicht, wenn der Verfassungsschutz Linke bespitzelt, parlamentarische Immunität von linken Abgeordneten aufgehoben und gleichzeitig Rechtsterrorismus verarmlos und finanziert wird.

Der Parteivorstand betrachtet die Bespitzelung als rechtswidrigen Angriff auf unsere Partei.

Getroffen werden sollen DIE LINKE als sozialistische Partei in der Bundesrepublik, ihre Mitglieder so-

wie Sympathisantinnen und Sympathisanten, die parlamentarisch und außerparlamentarisch Widerstand gegen undemokratische und unsoziale Entwicklungen in diesem Land, insbesondere auch gegen Neofaschismus und Rechtspopulismus, leisten.

Getroffen werden soll aber zugleich der zunehmende gesellschaftliche Widerstand gegen die gegenwärtige Politik der Bundesregierung, auch und gerade in der Frage der Bekämpfung von Neofaschismus und Rechtspopulismus. Durch die Kriminalisierung dieses Widerstandes soll Widerstand begrenzt oder gar verhindert werden.

DIE LINKE wird - zusammen mit vielen anderen - am 18. Februar 2012 erneut in Dresden ein Zeichen setzen und damit dokumentieren:

Trotz regierungsoffizieller Versuche der Kriminalisierung von

Widerstand gegen die herrschende Politik werden viele nach Dresden kommen.

Gemeinsam werden wir erneut verhindern, dass die Nazis ihre menschenverachtende Ideologie in Dresden zur Schau stellen können.

**NAZI
AUFM
ÄRSCHEN
STOPPEN**

Mit Nazis finden wir uns nicht ab - weder in den Parlamenten noch auf der Straße. Deshalb fordert DIE LINKE das NPD-Verbot und leistet gemeinsam mit vielen anderen überall dort Widerstand, wo Nazis und rechte Kultur auftauchen.

DIE LINKE.

siehe auch Seite -4-

Kinderbetreuung Wie man 53 Millionen Euro „billiger“ macht

„Die Volksstimme berichtete am 24.01.2011, der Sozialminister benötige für die Finanzierung des Gesetzes im Jahr 2017 53 Millionen Euro. Finanzminister Bullerjahn seinerseits war nicht bereit, die angedachten 30 Millionen Euro zu überziehen.

Nach einigem Hin und Her legt die SPD nun eine gekürzte Version vor, die einen stufenweisen Einstieg in die Ganztagsbetreuung – getrennt nach Kindergarten und Krippe – ebenso vorsieht wie die Kürzung der Vor- und Nachbereitungszeiten von 3 auf 2,5 bzw. 6 auf 5 Stunden. Im Jahr 2016 soll diese Variante das Land dann insgesamt 53,2 Millionen Euro kosten. Der Finanzminister habe dazu sein „Okay“ gegeben, teilt die SPD mit.

Den offensichtlichen Sinneswandel des Finanzministers begrüßt DIE LINKE natürlich grundsätzlich, doch es bleiben Fragen offen:

Weshalb wurden überhaupt Kürzungen zu Lasten der pädagogischen Rahmenbedingungen vorgenommen, wenn diese offenbar – sofern man den veröffentlichten Zahlen glauben darf – in der Summe zu keinerlei Einsparungen führen?

Haben die ersten Berechnungen nicht gestimmt?

DIE LINKE wird Klarheit bezüglich der Berechnungsgrundlagen einfordern, denn ganz so einfach können 53 Millionen Euro nicht plötzlich „billiger“ gemacht werden.“

„Die Datenfresser“

Buchvorstellung und Diskussion mit Constanze Kurz und Frank Rieger (Chaos Computer Club Berlin) in Halle. Auf Einladung von Petra Sitte, Mitglied der Linksfraktion im Bundestag und Mitglied der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ des Bundestages, sind Constanze Kurz und Frank Rieger in Halle zu Gast.

Beide sind Sprecher des Chaos Computer Clubs und stellen ihr Buch „Die Datenfresser - Wie Internetfirmen und Staat sich unsere persönlichen Daten einverleiben und wie wir die Kontrolle darüber zurückerlangen“ in Halle vor.

Das Forum zu Datenschutz und digitaler Mündigkeit findet am Dienstag, 31. Januar 2012 um 17:00 Uhr im Mitteldeutschen Multimediazentrum, Mansfelder Str. 56 statt.

Die Veranstaltung ist öffentlich, der Eintritt ist frei.

Zu den Autoren:

Constanze Kurz,

Jahrgang 1974 ist Informatikerin, arbeitete an der Humboldt-Universität Berlin und derzeit an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Überwachungstechnologien, Vorratsdatenspeicherung und Ethik in der Information. Sie schreibt ihre Dissertation zum Thema Wahlcomputer

und elektronische Wahlsysteme. Sie ist Sachverständige der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ des Deutschen Bundestages.

Frank Rieger,

Jahrgang 1971, ist technischer Geschäftsführer eines Unternehmens für Kommunikationssicherheit. Er ist Mitbegründer erfolgreicher Startup-Unternehmen in den Bereichen Datensicherheit, Navigationsdienste und E-Reading. Seit 1990 ist er einer der Sprecher des Chaos Computer Clubs.

Das Buch „Die Datenfresser“ erschien 2011 im S. Fischer Verlag Frankfurt/Main.

weiterführende Links:

www.ccc.de

www.petra-sitte.de

www.bundestag.de/internetenquete

www.inka.htw-berlin.de/kurz

<http://datenfresser.info>



Forum zu Datenschutz
und digitaler Mündigkeit

»Die Datenfresser«

Dr. Petra Sitte (MdB)
Constanze Kurz und Frank Rieger
(Chaos Computer Club Berlin)

Mitteldeutsches Multimediazentrum
Halle / Saale

17⁰⁰ Uhr
31.01.12

DIE LINKE. Diskurs

aus dem Landtag:

FAG 2012: CDU und SPD kürzen die Zuweisungen an die Kommunen weiter

von Gerald Grünert (MdL)
Nachdem in der Vergangenheit die kommunale Finanzausstattung ungenügend war, sinken mit CDU und SPD die Zuweisungen an die Kommunen leider auch im kommenden Jahr. Allein über das Finanzausgleichsgesetz (FAG) werden in den Gemeinden, Städten und Landkreisen 18,6 Millionen weniger zur Verfügung stehen als in diesem Jahr, 180 Millionen Euro weniger als im Haushaltsjahr 2009.

Trotz eines millionenschweren Entschuldungsprogrammes der Landesregierung (STARK II) stagnieren mit mehr als 3,5 Milliarden Euro (Stand: 30.09.2011) die kommunalen Schulden auf hohem Niveau. Die Verschuldung der Kommunen und die am 15. Dezember 2011 beschlossenen Kürzungen im Finanzausgleichsgesetz (Drs. 6/645) werden im kommenden Jahr vielerorts die öffentliche Daseinsvorsorge und die kommunale Handlungsfähigkeit gefährden. Um solche Folgen abzuwenden, hatte DIE LINKE ihre Forderungen nach einer finanziellen Mindestsicherung für die Kommunen mit einem Gesetzentwurf (Drs. 6/441) sowie mit einem Änderungsantrag (Drs. 6/659) eingebracht und dafür Refinanzierungsvorschläge unterbreitet. Leider fand der Vorschlag der LINKEN, die jährliche Finanzausgleichsmasse im FAG in Höhe von 1.713.644.994 Euro zu fixieren, keine Mehrheit im Landtag.

Das von CDU und SPD beschlossene Finanzausgleichsgesetz lehnt DIE LINKE ab, weil es die unter-

schiedliche Finanzkraft der Kommunen nicht angemessen ausgleicht und nicht dafür sorgt, dass 2012 jede Kommune über die finanziellen Mittel verfügt, die zur angemessenen Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich sind. Für nicht geeignet hält DIE LINKE den im Entschließungsantrag von CDU und SPD (Drs. 6/660) formulierten Ansatz, die Aufgabenfinanzierung zukünftig über ein angemessenes Ausgabeverhalten der Kommunen zu definieren.

Dies könnte das Einfallstor für den willkürlichen Abbau notwendiger Standards sein und zum sozialpolitischen Kahlschlag in den Kommunen führen.

Auf dem Weg zu einem bedarfsgerechten Finanzausgleichsgesetz muss es aus Sicht der LINKEN gelingen, dem Auftrag aus Artikel 88 der Landesverfassung Sachsen-Anhalt gerecht zu werden, um gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilen Sachsen-Anhalts zu gewährleisten.

Verfassungsschutz entlarvt sich endgültig als antidemokratische Institution

Zum jetzt öffentlich gewordenen Ausmaß der Überwachung der Partei DIE LINKE durch den Verfassungsschutz erklärt der Vorsitzende der Fraktion Wulf Gallert:

„Das jetzt bekannt gewordene Ausmaß der Überwachung durch den Verfassungsschutz löst Überraschung, vor allem aber Empörung aus. Bislang hieß es immer, nicht die Partei selbst, sondern einzelne ihrer Mitglieder, von denen angeblich eine Gefahr für die Demokratie ausgeht, stünden unter Beobachtung. Das alleine war schon ein Skandal, jetzt aber zeigt sich eine neue Dimension – offenbar befindet sich die gesamte Partei im Visier des Verfassungsschutzes.

Das Demokratieverständnis des Verfassungsschutzes weist Defekte auf, die zunehmend irreparabel erscheinen, er entlarvt sich endgültig als eine antidemokratische Institution, die in einer Demokratie keinen Platz haben darf. Offenbar hat sich der Verfassungsschutz seine Feindbilder, die in Zeiten des kalten Krieges und in Zeiten davor ihre Wurzeln besitzen, nicht nur erhalten – er hat sie erneuert.

Es mag ja noch als Treppenwitz des politischen Geschehens durchgehen, dass der Verfassungsschutz u.a. die überwacht, die für seine Kontrolle und sein Budget Verantwortung tragen. Die Ernsthaftigkeit der Problematik wird aber spätestens an der Stelle deutlich, wenn in Thüringen offenbar viel Kraft auf Bodo Ramelow und seine Beobachtung verwandt wurde, zugleich aber das Treiben des so genannten „Nationalsozialistischen Untergrundes“ faktisch nicht bemerkt oder zur Kenntnis genommen wurde. Worauf konzentriert sich dieser Dienst eigentlich?

Die LINKE fordert die Bundesregierung zu energischen Konsequenzen auf. Der Verfassungsschutz erweist sich endgültig als Gefährdung der Demokratie und des Grundgesetzes, so etwas darf in der Demokratie keine Berechtigung haben.“

Stilles Gedenken und streitbare Diskussionen

Mit dem Bus zur Luxemburg-Liebknecht-Ehrung nach Berlin

Von Maria Barsi

„Da fahre ich nicht mit, da sind ja nur alte Leute“, hatte mir einige Tage zuvor ein junger Genosse gesagt, als ich ihn fragte, ob wir uns denn bei der Luxemburg-Lieb-knecht-Ehrung in Berlin sehen würden. Er hätte sich gewundert, wenn er denn mit aufgefahren wäre.

In der Tat überwogen zwar die höheren Lebensalter in dem Bus, der um 6.30 Uhr in Weißenfels mit Zusteiggestellten in Merseburg und Halle losfuhr, aber unter den 19 Mitfahrern, allein aus dem Burgenlandkreis, waren auch junge Erwachsene und ein Jugendlicher. Und im Tausende Menschen zählenden Demonstrationzug zur Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde schien sich Jung und Alt durchaus in der Waage zu halten.

Es war kalt, aber sehr sonnig, die Polizei war zwar allgegenwärtig, hielt sich aber deutlich zurück und so war die Stimmung prächtig. Natürlich musste jeder damit leben, dass vor, neben oder hinter ihm möglicherweise Parolen gerufen wurden, die nicht unbedingt mit der eigenen Meinung übereinstimmten. Das linke Spektrum ist nun einmal sehr breit und das muss man aushalten, wenn man an einer solchen Demonstration teilnimmt.

Das gemeinsame Gedenken an die vor 93 Jahren ermordeten Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, zu dem die LINKE wie jedes Jahr aufgerufen hatte, wurde in der Gedenkstätte von Musik Johann Sebastian Bachs untermalt. Blasmusik, kämpferische Lieder, lautstarke Werbung für die verschiedensten politischen Positionen waren der Straßendemonstration vorbehalten und sollten auf dem Vorplatz zu-

rückbleiben. Das klappte nicht ganz, aber wer dem besinnlichen Gedenken den Vorrang vor einem schnellen Abwerfen einer roten Nelke an den Gedenksteinen gab, konnte das durchaus tun. Es brauchte halt Zeit, denn der Andrang war wirklich groß. Wer Kontakte suchte oder diskutieren wollte, der hatte im Anschluss auf dem Vorplatz ausreichend Gelegenheit dazu: an Ständen der LINKEN, von Gewerkschaften, Kommunisten, Spartakisten, Trotzlisten, antifaschistischen Initiativen, Zusammenschlüssen ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger und jungen Menschen, die sich als Re-

volutionäre verstehen. Dazu stellten sich Tageszeitungen vor, alternative Verlage, Solidaritätsinitiativen und Antiquariate. Da gab es so viele Anregungen mannigfaltiger Art, dass besonders die Hallenser um Marianne Böttcher vom Stadtverband Halle, die die Busfahrt organisiert hatte, bei der Heimfahrt heftig über die Tätigkeit in ihren Basisverbänden und die Einbeziehung beziehungsweise Gewinnung junger Menschen in die praktische politische Arbeit diskutierten.

Rosa Luxemburg, Zeit ihres Lebens eine ausgesprochen streitbare Politikerin, hätte es gefreut.



Foto: Frank Waidauer

dresden-nazifrei

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Mobilisierung des Bündnisses „Nazifrei - Dresden stellt sich quer!“ für den 18. Februar nach Dresden geht entgegen anderslautender Gerüchte ungemindert weiter!

Selbst für den Fall, dass der Nazi-Aufmarsch am 18. Februar deutlich kleiner werden sollte als in den letzten Jahren oder die Nazi-Szene in diesem Jahr ihren Aufmarsch am Wochenende nach dem Jahrestag der Bombardierung Dresdens erstmals aufgibt: Gründe gegen Nazis, Rassismus und staatliche Repression gegen Antifaschisten zu demonstrieren gibt es genug.

Mehr Informationen zu den Protesten am 18. Februar und auch zur Frage, wie sich das Bündnis auf den Naziaufmarsch am 13. Februar vorbereitet, findet ihr im Interview mit dem Sprecher des Bündnisses „Nazifrei - Dresden stellt sich quer!“ Martin Glück:

<http://dresden-nazifrei.com>

Aus der Stadtratssitzung am 26.01.2012

Mit Elan ins neue Jahr!? Naja, so richtig traf das für den Stadtrat gestern noch nicht zu!

Zu Beginn der schon nicht üppigen Tagesordnung wurde heftig debattiert, ob der Beschluss zur Osttangente (HES) auf der Tagesordnung bleibt oder nicht!

Richtig ist, dass sich der Stadtrat und seine Ausschüsse schon über ein Jahr mit der Thematik beschäftigen, aber es auch wieder in den Ausschüssen neue Anträge gab, die nach einer Mehrheit noch nicht endgültig ausdiskutiert wurden. Das betraf vor allem den letzten Hauptausschuss. Dort stand die Thematik auf der Tagesordnung, letztlich wurde aber der Vorschlag unterbreitet, nicht abzustimmen. Für Verwirrung sorgte dann auch die Information, dass bereits der Planungs- und Vergabeausschuss diese Thematik für die nächsten Sitzungen auf die Tagesordnung gesetzt hatte. Schließlich und endlich – auch mit der Mehrheit aus unserer Fraktion – wurde das Thema HES vertagt!

Dagegen wurde mit großer Mehrheit beschlossen, dass die Oberbürgermeisterwahl am 17. Juni 2012 in Halle (Saale) stattfinden wird, eine evtl. Stichwahl findet dann am 1. Juli 2012 statt. Zwischen dem 17. April und 21. Mai 2012 werden die Bewerbungen für das Amt in der Stadtverwaltung angenommen. Als Kreiswahlleiter wird Herr Eberhard Doege tätig werden. Herr Doege war Beigeordneter der Stadt Halle, der „Vorgänger“ von Herrn Dr. Wiegand. Da Herr Dr. Wiegand selbst für das Amt des Oberbürgermeisters kandidieren will, wurde diese Lösung gefunden.

Wieder stand ein Widerspruch der Oberbürgermeisterin auf der Tagesordnung! Dieses Mal geht es um die Schulentwicklungsplanung. Der

Stadtrat folgte in seiner Sitzung im Dezember nicht dem Vorschlag der Stadtverwaltung, sondern hatte sich mehrheitlich für den Erhalt der Förderschule am Jägerplatz ausgesprochen. Es zeigte sich aber bereits im Vorfeld der gestrigen Stadtratssitzung, dass es Unstimmigkeiten zur Vorlage gab. Nach einer kurzen Auszeit wurde auch dieser Tagesordnungspunkt vertagt.

Beschlossen wurde der Bebauungsplan Nr. 155 „Gewerbebestandsgebiet Halle-Ost – Aufstellung“. Mit diesem Beschluss ist gesichert, dass jetzt industrielle Ansiedlungen erfolgen können, die Wohnbebauung eingeschränkt wird. Olaf Sieber unterstützte diesen Beschluss, indem er deutlich unterstrich: „Es muss alles getan werden, dass das Gewerbe dort den Vorrang hat“. Damit drückte er auch deutlich aus, dass unsere Fraktion gegen den Antrag der Fraktion MitBÜRGER/NEUES FORUM war, der dieses Ziel „etwas aufweichen“ wollte, indem „Erweiterungen, Änderungen und Erneuerungen derzeit bereits vorhandener baulicher und sonstiger Anlagen allgemein zulässig bleiben“. – Der Antrag wurde abgelehnt.

Mit großer Mehrheit wurde die Satzung über die Aufwandsentschädigung für ehrenamtlich tätige Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Halle (Saale) verabschiedet. Wir stimmten auch dafür!

Auch der „Jahresabschluss 2010 Eigenbetrieb Kindertagesstätten“ wurde – auch mit unseren Stimmen – verabschiedet.

Angenommen – auch mit unseren Stimmen – wurden Anträge wie z. B. die Einführung einer Bürgerinformationsveranstaltung zum Haushaltsplanentwurf der Stadt Halle, der regelmäßigen Durchführung von Bürgerinformations-

veranstaltungen zu Bebauungsplänen sowie zu einer verstärkten BürgerInnenbeteiligung an der städtischen Politik durch Ausweitung der E-Government-Angebote der Stadt. Auch die Veröffentlichung der gefassten Beschlüsse im Stadtrat wird nun auf Grund eines Beschlusses eine andere, verständlichere Form erhalten.

Zugestimmt haben wir einem Dringlichkeitsantrag zum Erhalt der Gebäude Brüderstraße 7. Wir hatten dieses Anliegen bereits im Hauptausschuss thematisiert und haben unterstrichen, dass auch unsere Fraktion den Erhalt dieses Denkmals unterstützt, soweit es durch die Stadt machbar ist. Zurzeit ist die Stadt zwar nicht Besitzer, kann sich aber u.E. vor allem mit dafür einsetzen, dass kein Abriss erfolgt. Die Stadtverwaltung wurde beauftragt, im Planungsausschuss und im Stadtrat darüber zu berichten.

Hendrik Lange fragte beim Tagesordnungspunkt „mündliche Anfragen“ nach, ob die Mitteilungen in der Presse, dass eine Zweigstelle der Stadtbibliothek geschlossen wird, letztlich auch mit dem Ziel, den neuen Bau am Hallmarkt zu unterstützen, richtig sind.

Die Oberbürgermeisterin sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Das konnte Hendrik nicht einsehen, weil die Meldungen ja bereits durch die Presse gegangen wären und eine sofortige Stellungnahme der Verwaltung notwendig wäre. Er sprach von einer Missachtung des Stadtrates!

Unter dem Punkt „Mitteilungen“ teilte die OB u. a. mit, dass alle Baumaßnahmen aus dem Konjunkturpaket II abgeschlossen wären!!

Ute Haupt, Stadträtin

Ausschreibung des Clara-Zetkin-Preises

DIE LINKE, Geschäftsführender Parteivorstand – 5. Dezember 2011

DIE LINKE lobt anlässlich des Internationalen Frauentages 2012 zum zweiten Mal einen Preis aus, mit dem herausragende Leistungen von Frauen in Gesellschaft und Politik gewürdigt werden.

Dieser Preis ist nach Clara Zetkin benannt. Als Mitbegründerin der proletarischen Frauenbewegung initiierte sie auf der Zweiten Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz am 27. August 1910 in Kopenhagen zusammen mit Käthe Duncker die Einführung eines internationalen Frauentages. Inspiriert von US-amerikanischen Feministinnen, einen Kampftag für das Frauenstimmrecht einzuführen, beschloss die Frauen einen jährlichen Frauentag, der zunächst das Frauenwahlrecht einforderte. Bis zu diesem Beschluss hatte Clara Zetkin einen weiten Weg zurückgelegt. Noch 1889, auf dem Gründungskongress der Zweiten Internationalen, erkannte sie „keine besondere Frauenfrage an“. Politische Rechte galten ohne ökonomische Freiheit als wertlos. Zetkin setzte sich beharrlich für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen von Frauen ein, dies auch gegen die eigenen Genossen, die gegen die Frauenarbeit kämpften. 1892 wurde sie als Herausgeberin der Frauenzeitschrift „Die Gleichheit“ aktiv. Am Vorabend des neuen Jahrhunderts vertrat sie inzwischen konsequent die Unteilbarkeit politischer und sozialer Rechte für Frauen.

Mehr als 100 Jahre später bleiben entscheidende Forderungen der Frauenbewegungen uneingelöst. DIE LINKE, als Partei mit sozia-

listischem und feministischem Anspruch, setzt sich für eine gerechte, solidarische, demokratische und friedliche Gesellschaft ein, die Frauen wie Männern ein selbstbestimmtes Leben ohne Unterdrückung ermöglicht. Sie sucht dabei die Kooperation mit Fraueninitiativen, kritischen Sympathisantinnen und internationalen feministischen Netzwerken in Wissenschaft, Kultur und Politik, in Wirtschaft und Medien.

Im Sinne Clara Zetkins würdigt DIE LINKE mit dem nach ihr benannten Preis jährlich ein Projekt/ eine Initiative, das die Lebensbedingungen von Frauen verbessert, die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Gesellschaft befördert oder anderen Frauen auf ihrem Lebenswege ein Vorbild, eine Anregerin geworden ist.

Die Verleihung eines Frauenpreises soll die Beachtung für das eigensinnige und uneigennützig Engagement von Frauen in der Öffentlichkeit erhöhen und ermutigen, die eigenen Fähigkeiten und Kräfte für eine gerechtere Gesellschaft einzusetzen. Ob als Nobelpreisträgerinnen oder Krankenschwestern, als Musikerinnen oder in prekären Jobs, ob in der Pflege, im Ehrenamt, im sozialen Umfeld – Frauen leisten Tag für Tag Großartiges für ein solidarisches, lebendiges und kreatives Gemeinwesen. Anerkennung und öffentliche Debatte dafür bleiben noch zu oft auf der Strecke.

Der Clara-Zetkin-Preis wird auf diese Lücke verweisen und Anregung sein, mehr Erfolge in den Frauenkämpfen durchzusetzen.

Gleichzeitig geht es mit dem Clara-Zetkin-Preis auch darum, den Internationalen Frauentag, der immer mehr als politischer Tag in Vergessenheit gerät, ins öffentliche Bewusstsein zurückzuholen.

Wer kann sich bewerben?

Der Preis wird in einer Kategorie vergeben. Es soll ein aktuelles Projekt oder eine Initiative ausgezeichnet werden. Es können sich Initiativen oder Projekte für den Frauenpreis selbst bewerben oder von Parteimitgliedern der LINKEN vorgeschlagen werden, die im Sinne folgender Inhalte und Kriterien wirken:

- * Engagement / Arbeit für Frauen oder die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Gesellschaft, hier auch besonders in Politik, Wissenschaft, Kultur und Kunst
- * Projekte, die mit ihrem kulturellen oder künstlerischen Schaffen eine solidarische und gerechtere Gesellschaft befördern sowie anderen Frauen als Vorbild dienen

Teilnahmebedingungen

- * Initiativen oder Projekte mit mindestens 50% Frauenanteil, die im o.g. Sinnen leben und arbeiten
- * Selbstbewerbung oder auf Vorschlag von Parteimitgliedern der LINKEN
- * Antragsformular mit allen Angaben sowie einer Kurzbeschreibung der Arbeit / des Projektes ausfüllen
- * Einsenden an den Parteivorstand der Partei Die LINKE bis zum 20. Februar 2012 an: DIE LINKE, Kleine-Alexanderstr. 28, 10178 Berlin

Preis

Der Preis beträgt 3000 •.

Die Preisverleihung 2012 wird im Rahmen einer Veranstaltung anlässlich des „Internationalen Frauentages“ am 2. Wochenende im März 2012 erfolgen. Alle Nominierungen werden im Rahmen der Preisverleihung öffentlich vorgestellt.

Alle Einsendungen werden vertraulich behandelt. Informationen aus den Bewerbungen werden nur mit Zustimmung der Bewerberinnen und Einreichenden veröffentlicht. Antrag auf Auszeichnung mit dem Clara-Zetkin-Preis der LINKEN bitte ausfüllen und Abgabe bis 20. Februar 2012 als Selbst-

bewerbung oder auf Vorschlag von Parteimitgliedern der LINKEN an:

DIE LINKE
Kleine-Alexander-Str. 28
10178 Berlin

Name der Initiative / des Projektes:
Anschrift / Tel. / E-Mail-Adresse / Ggf. Website:
Kurzbeschreibung des Engagements / der Arbeit / des Projektes (inkl. der besonderen frauenspezifischen Bedeutung):
Begründung für die Auszeichnung (insbesondere feministischer oder gleichstellungspolitischer Aspekt):
Datum / Unterschrift:

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90
eMail:

linkesblatt@dielinke-halle.de
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: 14 - täglich
Auflage: 650 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
26.01.2012
Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 09.02.2012



Einladung zum gemeinsamen Themenabend

der Gründungsinitiative für Geistes- und Sozialwissenschaftlerinnen und
juEx – junge Existenzgründerinnen in Sachsen-Anhalt

Wann? am 02.02.2012 von 16:00 bis 19:00 Uhr

Wo? in der Theatralen in Halle, Waisenhausring 2, 06108 Halle an der Saale

„Selbständig. Weiblich. Mutter.“

Mütter lieben ihre Kinder. Sie richten einen Großteil ihrer Aufmerksamkeit auf sie. Entscheidungen ihres Alltags, ihrer Freizeit und häufig ihrer gesamten Lebensplanung werden maßgeblich durch ihre Kinder bestimmt.

Wie meistert eine Mutter die Verwirklichung ihres beruflichen Traums, die Sicherung ihrer Existenz als Freiberuflerin? Welche besonderen Hürden müssen diese Frauen hierbei überwinden?

Inwieweit ist es möglich, sich beruflich weiterzuentwickeln? Die eigene Chefin zu werden? Welche Chancen und welche Risiken stecken hinter dieser Entscheidung? Wie gehen Krankenkassen damit um? Was ergibt sich für den Umgang mit Banken und Finanzierungsgebern? Welche Ansprüche sind an eine Kinderbetreuung zu stellen? Ist der Begriff „Alleinerziehend“ noch zeitgemäß, wenn zunehmend Patchworkfamilien und gemeinsam ausgeübtes Sorgerecht vorzufinden sind? Diese, aber auch Ihre ganz persönlichen Fragen, möchten wir zur Diskussion stellen. Im Anschluss an kurze Statements von Fachfrauen und -männern soll gemeinsam diskutiert werden und ist bei angenehmer Atmosphäre und einem kleinen Imbiss Raum für Ihre Fragen und Anregungen. Umrahmt wird dieser Abend mit der Ausstellung „Einelternfamilien“ von Linn Kraft, einer Imagekampagne für Single-Mütter.

Bitte melden Sie sich im Vorfeld über den Veranstaltungskalender des Hochschulgründernetzwerkes (www.hochschulgruender.net) oder per Mail (juEx@landesfrauenrat.de) an. Für Kinderbetreuung ist selbstverständlich gesorgt. Wir bitten um eine kurze Rückmeldung, ob Sie diese in Anspruch nehmen wollen.

juEx – junge Existenzgründerinnen

**DIE GRÜNDUNGSINITIATIVE FÜR GEISTES- UND
SOZIALWISSENSCHAFTLERINNEN**

Hanna Köhler & Bianca Röthig

Dr. phil. Jeannette Drygalla & Verena Tümmler